

Der Textil-Arbeiter

**Vereinzelte seid Ihr Nichts.
Vereinigtes Alles!**

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Bezugspreis das Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Postgeld oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Berlin O. 27, Magazinstr. 6/7 II
Verantwortlicher: Hans Römigkade, Nr. 107A.

Anzeigen die dreispaltige Kleinzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf. Anzeigen, Bezugs- und Verbandsgebühren sind an Otto Jehms, Berlin O. 27, Magazinstr. 6/7 II, zu richten. Postkontokonto Berlin 3384.

Inhalt: An unsere Mitglieder in Oberschlesien — Achtung, Betriebsrätekonferenz in Leipzig! — Reichskonferenz der Färber in Berlin. — Wieder daheim! (Gedicht). — Die Erwerbslosenfürsorge. — Aus der Beiratsitzung vom 25./26. Januar. — Unser wahres Gesicht. — Der Achtstundentag in Gefahr? — Konferenz des Gewerks 13 (Berlin). — Berichtung. — Aus der Textilindustrie. — Soziale Rundschau. — Berichte aus Fachkreisen. — Briefkasten. — Bekanntmachungen. — Anzeigen.

An unsere Mitglieder in Oberschlesien!

Durch die Besetzung eines Teiles von Oberschlesien ändert sich in den Verbandsarbeiten nichts. Die Ortsverwaltungen resp. die Mitglieder der besetzten Gebiete können sich in allen Vorbereitungsangelegenheiten nach wie vor an die Zentral- und Gauleitungen wenden. Die Mitgliedschaft muß aufrechterhalten werden und unsere Fachzeitung „Der Textilarbeiter“ wird den Mitgliedern regelmäßig zugeandt werden. Der Vorstand.

Achtung, Betriebsrätekonferenz in Leipzig!

Zwecks Beschaffung von Logis werden alle Filialen, welche Delegierte entsenden, ersucht, dieselben am Montag acht Tage vor der stattfindenden Konferenz dem Kollegen Georg Kanzer, Leipzig, Reiger Straße 22 II (Text.-Arb.-Verb.), zu melden. Die besten Logis müssen bezahlt werden, auch wenn sie nicht in Anspruch genommen werden. Alle Delegierten werden ersucht, rechtzeitig einzutreffen, da Sonntags der Bahnverkehr gesperrt ist.

Reichskonferenz der Färber in Berlin.

Die Delegierten zur Reichskonferenz der Färber in Berlin wollen sich nach ihrer Ankunft in Berlin im Bureau der Berliner Filiale des Deutschen Textilarbeiterverbandes melden: Berlin O. 27, Andrasstraße 17, Hof parterre (nahe dem Schlesischen Bahnhof).

Wieder daheim!

Wieder daheim! daheim!
O braune Erde,
O blaue Luft,
Die heimlich zu mir kam:
Wie war ich draußen in der kalten Menge
So ein verloren, so ein fremder Mann.

Wieder daheim! daheim!
O Blütenhänge,
O Laub und Ästel,
Hell im Sommerhauch!
Nicht als ein trauriges, unglückliches Erblehen
Kauft mir das Gras, kauft jeder Weidenzweig.

Die Kinder, die im Dorf am Brunnen spielen,
Rufen den Rüstern, ich sei wieder da:
Und wie sie jubelnd meinen Namen nennen,
Da fällt ich mir das Herz im Leibe brennend:
Dank! Dank! — Ja, ich bin wieder da!
Jakob Sack.

Die Erwerbslosenfürsorge.

Auf eine Eingabe des Zentralverbandes an die Reichsregierung betreffs Ausbau der Erwerbslosenfürsorge ging folgende Antwort des Arbeitsministeriums ein:
Der Reichsarbeitsminister.

Berlin, den 29. Januar 1920.

Ich verkenne nicht, daß vorübergehende Arbeitseinstellungen infolge Kohlenmangels und der damit verbundene Wohnausfall die Arbeitnehmer mit Rücksicht auf die teuren Lebensverhältnisse jetzt besonders schwer treffen. Ich habe mich deshalb veranlaßt gesehen, durch die Verordnung vom 15. Januar 1920 (R. G. Bl. S. 54) dem § 9 Abs. 2 der Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge, der die Kurzarbeiterunterstützung regelt, die Bestimmung hinzuzufügen, daß die Landeszentralbehörden im Falle eines besonderen Bedürfnisses mit meiner und des Herrn Reichsministers der Finanzen Zustimmung ermächtigt sind, den Hundertsatz von 70 bis auf 60 herabzusetzen. Ich stelle ergebenst anheim, mit einem diesbezüglichen Antrage an den preussischen Herrn Minister für Volkswohlfahrt, Berlin W. 66, heranzutreten. Im übrigen bemerke ich, daß die durch die genannte Verordnung vorgesehene Erhöhung der Unterstützungssätze für Frauen und Kinder auch eine Erhöhung der Kurzarbeiterunterstützung wenigstens bei verheirateten Männern und Arbeiterinnen zur Folge hat.

Im Auftrage:
Dr. Göttschke

Wenn auch nicht verkannt werden soll, daß durch diese Verordnung vom 15. Januar 1920, die wir unseren Ortsverwaltungen im Wortlaut zugesandt haben, einige kleine Verbesserungen in der Erwerbslosenfürsorge herbeigeführt werden können, so kann doch diese Regelung absolut nicht als befriedigend angesehen werden. Die auch jetzt noch festgehaltene Berechnung der Unterstützung bei Kurzarbeit, wonach die Differenz zwischen 60 Proz. des Lohnes und dem vollen Unterstützungssatz als Unterstützung gezahlt werden soll, wird nach wie vor die Wirkung haben, daß der größte Teil der Kurzarbeiter der Unterstützung verlustig gehen wird, solange nicht die Unterstützungssätze selbst in angemessener Weise erhöht worden sind.

Die Möglichkeit der Herabsetzung des Prozentsatzes von 70 auf 60, welche übrigens nicht einmal direkt angeordnet ist, wird höchstens dazu dienen, einer ganz kleinen Zahl teilweise Erwerbsloser die Unterstützung zu sichern, während nach wie vor der größere Teil leer ausgehen wird.

Die den Feuerungsverhältnissen einigermaßen entsprechend erhöhten Arbeitslöhne sind naturgemäß bedeutend höher als die Unterstützungssätze, die schon vor langer Zeit festgelegt wurden und in dieser Verordnung eine Erhöhung nicht erfahren haben. Es muß schon ein sehr großer Teil der Arbeitszeit ausfallen, ehe 60 Proz. des Arbeitslohnes noch unter den vollen Unterstützungssatz fallen.

Nur ein Beispiel sei angeführt:
Für Berlin beträgt der Unterstützungssatz pro Tag 6 Mk., für die Ehefrau 2,50 Mk., für jedes Kind oder sonstige Unterstützungsberechtigte Angehörige 1,75 Mk. Für eine Familie von 4 Köpfen beträgt somit der Unterstützungssatz wöchentlich 48 Mk. Nehmen wir den Durchschnittslohn eines Textilarbeiters in Berlin mit 3 Mk. pro Stunde an und die Beschränkung der Arbeitszeit infolge Kohlenmangels um zwei Tage, so würde dessen Arbeitsverdienst an den verbleibenden 4 Tagen 59 Mk. betragen. 60 Proz. hiervon sind 35,40 Mk. Dieser Prozentsatz überschreitet also immer noch beträchtlich den vollen Unterstützungssatz. Diese Arbeiter bekommen also nichts. Erst dann, wenn er wöchentlich 3 Tage arbeitslos ist, so daß sein Wochenverdienst auf 69 Mk. sinkt, von dem 60 Proz. 41,40 Mk. betragen, würde er die Differenz zu 48 Mk., also mit 6,60 Mk. erhalten, so daß sein Gesamtverdienst 69,60 Mk. + 6,60 Mk. = 76,20 Mk. beträgt.

Daß damit nicht einmal ein Vegetieren geschweige denn ein Auskommen möglich ist, bedarf keiner Beweisführung.

So wie hier liegen die Fälle ganz selbstverständlich überall, zumal die Unterstützungssätze in den niedrigeren Ortsklassen bis auf 3,50 Mk. für Männliche über 21 Jahre heruntergehen, bei Weiblichen sogar auf 3 Mk.

Diese Sätze sind vollständig unzureichend. Es besteht nach wie vor die Notwendigkeit, mit aller Energie auf einen zeitgemäßen Ausbau, bestehend in Erhöhung der Unterstützungssätze der Erwerbslosenfürsorge, hinzuwirken. Unbedingt aber muß verlangt werden, daß in Zukunft die Unterstützungssätze gemäß dem Ausfall an Arbeitszeit berechnet werden.

Sugo Rödel

Aus der Beiratsitzung vom 25./26. Januar

Die am 25./26. Januar 1920 in Leipzig abgehaltene Beiratsitzung unseres Verbandes hat außerordentlich wichtige, in unser Verbandsleben tief einschneidende Beschlüsse gefaßt, so daß wir genötigt sind, einiges hierzu zu sagen.

Die Entwertung unserer Geldmark macht sich in allen Zweigen unseres wirtschaftlichen Lebens, öffentlichen Einrichtungen usw. genau so bemerkbar wie im Haushalt des Arbeiters und der Beamten. Es kann keine Einrichtung geben, die nicht davon berührt würde, und die nicht dieser Geldentwertung gegenüber besondere Maßnahmen zu ihrer Aufrechterhaltung ergreifen müßte. Die Entwertung unserer Mark drückt sich darin aus, daß wir für alle Werte, die wir mit derselben versehen wollen, 10-, 20- und 30mal soviel Papiermark anlegen müssen, wie in Vorkriegszeiten. Alle Werte werden heute mit einem anderen Maßstabe gemessen, als dies in Vorkriegszeiten der Fall gewesen ist.

Für die Gewerkschaftsorganisationen bedeutet diese Geldentwertung den Verfall, wenn derselben nicht wirksam begegnet wird. Wenn die Gewerkschaften, infolge dieser Geldentwertung nicht entsprechend ihrem Aufgabekreis wirken können, dann sind sie erledigt und für die Arbeiterschaft wertlos geworden. Die Gewerkschaften sind deshalb gezwungen, ebenso wie alle anderen öffentlichen Einrichtungen auch, um ihre Aufgabe erfüllen zu können und den Erfordernissen der Zeit gerecht zu werden, sich diesen veränderten Verhältnissen anzupassen und denselben Rechnung zu tragen.

Der Beirat unseres Verbandes mußte sich deshalb, um die Kampffähigkeit der Organisation zu erhalten, die Frage vorlegen, ob die Beschlüsse der Blauerer Generalsversammlung den veränderten Verhältnissen noch entsprechen. Der Beirat mußte diese Frage verneinen. Er entschied sich des-

halb für eine wesentliche Erhöhung der Streikunterstützung, um die alte Kampffähigkeit unter den veränderten Verhältnissen herzustellen.

Die Streikunterstützung ist nach § 35 des Verbandsstatuts geregelt. Es heißt dort:

1. Die Höhe der Unterstützung bestimmt der Zentralvorstand. Diese soll möglichst betragen in

Beitragsklasse:	40 Pf.	60 Pf.	80 Pf.	1 Mk.	1,20 Mk.
bei 26—51 Beiträgern	1,50	2,20	2,90	3,60	4,30
bei 52 Beiträgern und mehr	2,20	2,90	3,60	4,30	5,—

Mit diesen niedrigen Unterstützungssätzen ist ein Lohnkampf nicht mehr durchzuführen, auch dann nicht, wenn die Filialen erhebliche Mittel aus ihren Lokalkassen zur Erhöhung der Streikunterstützung beisteuern. Der Beirat mußte deshalb, um die Kampffähigkeit der Organisation den veränderten Verhältnissen gegenüber aufrechtzuerhalten, auf eine wesentliche Erhöhung der Streikunterstützung kommen. Die Erhöhung der Streikunterstützung mußte aber notwendigerweise eine Erhöhung der Beiträge zur Folge haben. Jede Ausgabe muß in der Einnahme ihre Deckung finden. Es hätte keinen Zweck, eine hohe Streikunterstützung festzusetzen, für welche eine Deckung nicht vorhanden wäre und die infolgedessen nicht gezahlt werden könnte. Bei allen unseren Beschlüssen, wenn dieselben durchgeführt werden sollen, dürfen wir niemals den Boden der Wirklichkeit verlassen. Wir müssen deshalb mit außerordentlicher Sorgfalt darauf achten, daß unsere Finanzpolitik sich in geordneten Bahnen bewegt. Wir haben aus den Kämpfen der Vergangenheit eine gesunde Finanzpolitik innerhalb des Verbandes schätzen gelernt. Das geflügelte Wort, gesprochen von Arbeitgebersseite, „einen Juli Sturm müssen wir uns schaffen“, hat für die Gewerkschaften noch heute volle Bedeutung. Ohne die notwendigen Kampfmittel ist die Gewerkschaft zur Ohnmacht verurteilt. In Erkenntnis dessen dürften unsere Mitglieder reslos den Beschlüssen des Beirates ihre volle Zustimmung geben.

Die Beiträge werden nach den Beschlüssen des Beirates in folgender Weise bemessen (ab 1. April d. J. zu leisten):

Beiträge:	
Inhalts	40 Pf.
Bei einem Stundenlohn bis 90 Pf.	60
von 100	1,49
150	1,99
200	2,49
250	2,99
3 Mk. und darüber	3,—

Streikunterstützung
(Den Beiträgen entsprechend zahlbar vom 1. April d. J. an):

Bei einem Beitrag von	Nach einer Beitragszahlung von	
	26 Wochen pro Tag	52 Wochen pro Tag
80 Pf.	2,90 Mk.	3,60 Mk.
1,— Mk.	3,90	4,30
1,50	4,50	5,75
2,—	5,75	6,50
2,50	6,50	10,—
3,—	10,—	12,—

Die Beitragserhöhung ist eigentlich die Konsequenz der Durchführung der Beschlüsse der Blauerer Generalsversammlung. In § 5 des Statuts heißt es unter Ziffer 2:

2. Der wöchentliche Beitrag richtet sich nach dem verdienten resp. tarifmäßig festgelegten Stundenlohn. Beim Bezuge von Arbeitslohn, Kranken-, Streik- und Gemahregeldunterstützung ist der Beitrag ebenfalls zu zahlen. Er beträgt bei einem Stundenverdienst:

unter 60 Pf.	40 Pf. pro Woche
von 60—79	60
80—99	80
100—119	100
120 Pf. und darüber	120

Es soll also der wöchentliche Beitrag einem Stundenlohn entsprechen. Die von der Generalsversammlung in Blauen angelegten Beiträge entsprechen dieser Anforderung nicht mehr und es war deshalb, um dem Beschluß der Blauerer Generalsversammlung Rechnung zu tragen, notwendig, die Beiträge mit den wirklich verdienten Stundenlöhnen in Einklang zu bringen. Die neue Regelung trägt dieser Notwendigkeit Rechnung.

Unsere Organisation steht auf dem Boden des Klassenkampfes und hat zum Zweck die Beseitigung des Systems der Lohnarbeit durch Ueberleitung der privatkapitalistisch betriebenen Produktionsweise in die durch die gesellschaftlich betriebene sozialistische Produktion. Bei diesem Ziel gibt es keinen Ausgleich der Gegensätze. Wir betonen dies ganz besonders, da wir nicht zu jenen Schwärmern gehören, die an einen Ausgleich der Interessengegensätze zwischen Kapital und Arbeit glauben und daher eifrig bemüht sind, durch allerlei Einrichtungen, die früher oder später dem Interessengegensatz zum Opfer fallen müssen, die in unseren gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zuständen wurzelnden Gegensätze zu ver-

kleistern. Die Einrichtung der Arbeitsgemeinschaft vermag zunächst auf Grund der gegenwärtigen misslichen wirtschaftlichen Verhältnisse bestehende Differenzen im Rahmen der kapitalistischen Produktion zu beseitigen. Zunächst besteht auch bei den Unternehmern der Wille zum Ausgleich, dieser ist aber auch leicht möglich, weil die Löhne zu den erzielten Warenpreisen und zu den Gewinnen der Unternehmungen in keinem gerechten Verhältnis stehen. Die Löhne sind noch viel zu niedrig bemessen. Sobald die Löhne den Warenpreisen und den Gewinnen der Unternehmer sich mehr angepaßt haben, wird dieser Lohnausgleich sich schwierig gestalten. Heute sind die wirtschaftlichen Verhältnisse noch zu unsicher, sobald sich aber unsere Verhältnisse konsolidiert haben und ein wirtschaftlicher Aufstieg, der schließlich doch noch kommen muß — unsere in den deutschen Werkstätten geleistete Arbeit kann doch nicht ohne weiteres aus der Weltwirtschaft gelöst werden, ohne der gesamten Kulturwelt den schlimmsten Schaden zuzufügen —, sich bemerkbar macht, werden die Konturen der wirtschaftlichen Kampflinien wieder stärker hervortreten und die wirtschaftlichen Kämpfe wieder mehr in Erscheinung treten müssen. Es hängt dabei viel davon ab, wie sich in Zukunft die politischen Machtverhältnisse gestalten werden. Wir wissen, daß die Arbeitsgemeinschaft eine Frucht der Revolution gewesen ist. Aus dieser Erkenntnis ergibt sich von selbst, daß das Wirken der Arbeitsgemeinschaft mit bestimmt und beeinflusst wird von den jeweiligen politischen Machtverhältnissen. Die politischen Machtverhältnisse haben sich aber nicht zugunsten der Arbeiterschaft, sondern zugunsten der Reaktion gestaltet. Der Reaktion sind allerlei Machtmittel in die Hände gespielt worden. Je mehr die Reaktion an politischer Macht gewinnt, um so mehr wird die Arbeitsgemeinschaft an Einfluß verlieren. Beachtlich ist aber noch, daß die Unternehmerorganisationen heute viel umfassender und fester in sich zusammengefügt und in einer einheitlichen Leitung zusammengefaßt sind. Die Unternehmerorganisationen stehen heute in jeder Beziehung mustergültig da. Dieser Umbau der Organisationen der Unternehmer ist kein zufälliger, sondern ein mit bestimmter Absicht vollzogener, um alle Widerstände in wirtschaftlicher und politischer Beziehung überwinden zu können.

Aus diesen Gründen heraus war es ein Gebot der Pflicht, um unserer Organisation den Kampfscharakter nicht zu rauben, durch Erhöhung der Beiträge den Kampf Fonds entsprechend den Verhältnissen zu stärken und durch Erhöhung der Streikunterstützung die Durchführung der zukünftigen Kämpfe zu gewährleisten.

Die zukünftigen Kämpfe werden entsprechend der Umformung der Unternehmerorganisationen auf viel breiterer Basis und mit viel mehr Leidenschaft durchzuführen werden müssen. Die Kämpfe werden ausbrechen, wenn eine Verständigung der beiden Interessengruppen nicht möglich war. Diese Kämpfe werden zu ihrem Gegenstande nicht nur die Lohnfrage haben, sondern auch um wichtige Grundrechte der Arbeiterschaft geführt werden müssen. Bei diesen Kämpfen wird hier Arbeiterschaft und dort Unternehmertum stehen. Diese Kämpfe müssen wir durchführen können. Bereiten wir uns deshalb auf das Kommende vor!

Unsere Kampffähigkeit findet ihren Ausdruck in der Zahl der Organisierten und in unseren Klassenverhältnissen. An dem zu Kampfwaffen bereitgestellten Kampf Fonds erkennt man die Kampffähigkeit der Organisation. Sind wir infolge schlechter Klassenverhältnisse nicht in der Lage, wirtschaftliche Kämpfe zu führen, dann sind wir auch nicht in der Lage, unseren Mitgliedern den notwendigen wirtschaftlichen Schutz zu gewähren und ihnen eine wirtschaftliche Besserstellung zu sichern. Verlieren wir an Kampffähigkeit, dann erhöht sich die Macht der Unternehmer über unsere Mitglieder. Wir müssen immer bedenken, daß sich innerhalb der Gesellschaft alles, was sich gestaltet und formt, unter Beachtung der Kräfteverteilung vollzieht, die dieser Gesellschaft innewohnen. Eine machtlose und wehrlose Arbeiterschaft wird immer zu Bedingungen arbeiten müssen, die die andere Seite diktiert. Da wir dies nicht wollen, deshalb bauen wir unsere Organisation entsprechend den veränderten Verhältnissen um. Die Beschlüsse des Rates waren eine dringende Notwendigkeit und sind als durchaus im Interesse der Mitglieder gelegen nur zu begrüßen!

Unser wahres Gesicht.

In einigen Gegenden Sachsens — vielleicht auch noch sonstwo — ist in letzter Zeit ein Flugblatt gegen unseren Verband verbreitet worden, in dem angeblich das wahre Gesicht unseres Verbandes gezeichnet wird. Es werden darin verschiedene Auslassungen aus älterer und jüngerer Zeit unseres Verbandes und unseres Verbandsorgans zitiert, zum Zweck des Nachweises, daß wir weder religiös noch politisch neutral seien. Um das Maß voll zu machen, wird auch noch die Tatsache in den Vordergrund gerückt, daß wir in das Fahrwasser der Unabhängigen geraten sind. Es soll so der Ansicht erweckt werden, daß wir gegen früher noch religionsfeindlicher und sozialismusfreundlicher geworden seien.

Besonders um das letztere zu beweisen, wird angeführt, daß wir nun unsere auf Erfüllung sozialistischer Forderungen gerichteten Bestrebungen offen in unseren Verbandsaufstellungen zum Ausdruck bringen. Daraus soll dann wohl der Leser folgern, daß die Textilarbeiter ihre gewerblichen Interessen in unserem Verbands nicht gut genug gewahrt finden und in dem christlichen Verbands besser untergebracht wären.

Es wäre dem Verfasser des Flugblatts leicht gewesen, aus unserem Sachblatt nachzuweisen, daß wir stets für die Sozialisierung der Industrie eingetreten sind. Doch das wollte er offenbar nicht; der Zweck seiner Arbeit wird wohl seiner Ansicht nach besser erreicht, wenn es so dargestellt wird, als ob wir erst jetzt sozialistisch geworden, erst jetzt zu den anderen Gewerkschaftsrichtungen in Gegensatz geraten seien. So wird unsere gegenwärtige „gesellschaftliche Gefährlichkeit“ besser hervorgehoben. Für das Gemeine gibt ja der Jude bekanntlich nichts. Bei den Christen ist es nicht anders. Sagt man ihnen, was wir jetzt erstreben, haben wir schon immer — entweder als Haupt- oder Nebensache — erstrebt, so zieht das nicht so, um jemand vor uns graulich machen zu können, es verspricht aber mehr Erfolg, wenn man uns als erst jetzt so gefährlich geworden hinstellt. Bevor aber in unserem Verbands und in dessen Blatt gelegentlich unabhängige Politik getrieben ward, hat man

uns — schon lange vor dem Kriege, schon vor einem Vierteljahrhundert — denselben Vorwurf gemacht, und schon damals hat man versucht, die Textilarbeiter von unserem Verband fernzuhalten. Auch unsere angebliche Religionsgegnerschaft hat man uns schon damals vorgehalten. Man suchte uns damals wie heute wegen unserer Stellung zur Religion und zum Sozialismus in Mißtreib zu bringen. Der Erfolg blieb stets aus. Er wird auch jetzt ausbleiben, auch trotz des Versuchs, uns der Religion zu geben, unsere Ziele gegebenenfalls durch rohe Gewalt zu erreichen zu suchen.

Es ist wahr, wir haben einen Beschluß unseres Plauener Verbandstages so ausgelegt, daß unter Umständen unsere Ziele auch durch Gewalt verfolgt werden dürften, wenn deren Anwendung nur den erstrebten Erfolg verspreche. Wir haben aber nicht zur Anwendung von Gewalt geraten. Wir haben zwar auch nicht davon abgeraten. Daß das letztere nicht geschah, ist aber nur darauf zurückzuführen, daß wir nicht befürchteten, es könnte jemand bei uns auf den Gedanken kommen, Gewalt anzuwenden, solange nicht alle friedlichen Mittel für die Verwirklichung des Sozialismus erschöpft seien. Wären aber alle friedlichen Mittel erschöpft, d. h. wäre die Sozialisierung der Industrie eine von der gelesenen Körperlichkeit beschlossene Sache, und es machte sich auf Unternehmenseite Widerstand gegen die Ausführung dieses Beschlusses geltend, so bräuchten auch wir nicht vor der Anwendung von Gewalt zurückzuschrecken, dürften wir Gewalt mit Gewalt bekämpfen, um dem Gelesenen Geltung zu verschaffen. So war, glaubten wir, der Beschluß gemeint, deshalb ist er so von uns ausgelegt worden. Wir wollen also nicht unser Ziel an sich mit Gewalt verfolgen, sondern Gewalten, welche sich uns — trotz gesellischer Anerkennung der Berechtigung unseres Zieles — in der Verfolgung unseres Zieles entgegenstellen würden, mit Gewalt begegnen, also uns begegnender Gewalt nicht mit verschränkten Armen resigniert weichen, wenn die Tat Erfolg verspricht.

Wer will uns das zerargen? Können es die Christlichen, die schon selber so etwas wie Gewalt, z. B. gegen unsere Werbearbeit in ihren Reihen, empfohlen haben?

Gewalt ist nur gegen Gewalt angebracht, doch muß Gewalt in jedem Falle Gewalt auslösen.

Damit geben wir — nebenbei — auch unsere Stellung kund, die wir zu den berüchtigten Terrorismustatzen, von denen in letzter Zeit in den gegnerischen Gewerkschaftsblättern so oft die Rede war, einnehmen, d. h. wir sind der Gewalt überall da abhold, wo uns ihre Anwendung nicht aufzuzwingen wird. Wir können uns nicht einmal mit dem Zwange befreunden, der noch nichts Gewalttätiges an sich hat, gleichviel, in welcher Form er immer auftritt. Doch wir fragen die Vertreter der gegnerischen Zweigorganisationen, ob sie nicht lokale, wenn auch sich manchmal vielleicht zu eifrig oder gar zu stürmisch äußernde Bestrebungen, die auf Schaffung einer Einheitsorganisation für unsere Industrie gerichtet sind, unterstützen müßten, wenn sie die Wahrung der gewerblichen Interessen der Textilarbeiter als Hauptfache ansähen. Statt dessen schiden sie sich aber an, das weitere Wachsen unserer Organisation aufzuhalten und damit die jetzt noch zu beklagende Zersplitterung der Textilarbeiter in mehrere Organisationen aufrechtzuerhalten. Würden sie alle zu uns übertreten, würden sie Macht genug entwickeln können, ihnen nicht passende antichristliche Bestrebungen — nur um solche handelt es sich, nicht um antireligiöse — erfolgreich zu bekämpfen. Und sozialistische Bestrebungen brauchen sie nicht zu bekämpfen, denn deren Verwirklichung wäre die teilweise Verwirklichung der Ideen des wahren Christentums, des von diesem erstrebten sozialen Ausgleichs. Bis dieser herbeigeführt wäre, in Form des Sozialismus — durch Kommunismus würde er noch weitergehend durchgeführt werden können, wenn erst der Egoismus ganz überwunden wäre — könnte eine Einheitsorganisation die Profitrate des Unternehmertums zugunsten der Lohnrate der Arbeiterschaft doch viel mehr verringern als es jetzt der Fall ist, wo bei von einer Organisation geplantem Vorgehen immer erst die Konkurrenzorganisationen dafür gewonnen werden müssen, wenn es so erfolgreich werden soll, wie es werden könnte, wenn nur eine einzige Organisation dafür in Frage käme. Und anders als durch Verringerung der Profitrate läßt sich doch die Arbeiterlage nicht dauernd heben! Wie schwer es aber ist, alle in Frage kommenden Organisationen zu einheitlichem Vorgehen zu vereinen, weiß doch jedermann zur Genüge; jede ist auf die andere eifersüchtig, und oft schon ist es vorgekommen, daß aus einer von einer Organisation geplanten Aktion nichts werden konnte, weil die anderen oder nur eine andere nicht mitmachen wollte, aus Eifersucht darüber, daß eine andere als sie die Anregerin zu dem Vorgehen war, so daß dieses nicht zur Ausführung kommen konnte.

Die Arbeiter, die Arbeiterinnen wissen das alles sehr wohl; sie sehen die Notwendigkeit einer Einheitsorganisation ein. Und da sie nicht glauben, daß die vorhandenen Organisationen verschiedener Richtungen jemals sich zu einer einzigen verschmelzen werden, so schließen sie sich mehr und mehr der Organisation an, die die größte wirtschaftliche Macht darstellt, und das ist unsere Organisation, der Deutsche Textilarbeiterverband.

Dagegen helfen keine noch so gekleideten redigierten Flugblätter, keine Entstellungen, keine Verdächtigungen unserer Bestrebungen, keine Verunglimpungen und Verunglimpfungen unserer Ziele. Diese werden von der Arbeiterschaft zum Glück für sie mehr und mehr als ihre eigenen Ziele erkannt, besonders von Arbeitern und Arbeiterinnen, die vom wahren Christentum durchdrungen sind, das dem, der zwei Räder hat, vorschreibt, dem einen abzugeben, der keinen hat. Das Unternehmertum denkt nicht daran, dieses Gebot zu befolgen. Um so mehr denken aber die Arbeiter daran, seine Befolgung zu erzwingen. Und da sie in unserem Verbands dazu das wirksamste Mittel sehen, so schließen sie sich in immer größerer Zahl uns an, dem Verbands, der nicht allein selber sein wahres Gesicht zeigt, dessen wahres Gesicht auch sogar seine Gegner — wenn auch meist, wie in dem besprochenen Fall, vergeblich — zu zeigen sich bemühen. Dem ihnen! Möchten sie ihren Anhängern unser Gesicht, unser wahres Gesicht, recht oft zeigen! Wir können es vertragen; ohne mit den Wimpern zu zucken, lassen wir uns ins Gesicht sehen. Und wer uns noch nicht kannte, lernt uns dadurch kennen und schließlich — lieb gewinnen.

Der Achtstundentag in Gefahr?

Bei der Inspektionsreise des Ministers Dr. Südekum in das rheinische Ueberbergungsgebiet ist die Frage der Verordnungsbedeutung zur Sprache gekommen. Beheimrat Hagen machte den Vorschlag, die tägliche Arbeitszeit um eine Stunde zu verlängern. Sie soll, wenn es dazu kommt, natürlich als Ueberzeit höher bezahlt werden als die Normalstunden. Dadurch glaubt man ohne Zwang zur Verlängerung der täglichen Arbeitszeit zu kommen. Die Verlängerung soll also auf dem Wege der Freiwilligkeit erreicht werden. Offenbar glaubt man durch sie leichter zum Ziele zu kommen als durch Zwang.

Dieser Ansicht sind auch wir. Deshalb gerade halten wir den Achtstundentag für gefährdet.

Die Gefahr erscheint uns um so ernster, als auch Minister Dr. Südekum nicht abgeneigt zu sein scheint, der Arbeitszeitverlängerung zugunsten der Erhöhung des Produktionsertrages Konzessionen zu machen; wenigstens hat er in seiner Beantwortung der Anregung des Beheimrats Hagen davon gesprochen, daß die Arbeitszeit Modifikationen unterworfen werden könnte. Modifikationen brauchen nun zwar nicht notwendigerweise in Verlängerung der Arbeitszeit zu bestehen, doch eine andere Auslegung seiner Antwort auf die Anregung, die Arbeitszeit zu verlängern, ist nicht möglich. Und deshalb darf man wohl annehmen, daß auch Herr Südekum ein entschiedener grundsätzlicher Gegner einer Verlängerung der Arbeitszeit ist. Ja, seine „Modifikationen“ lassen sogar die Annahme zu, daß er nicht nur auf Grund der „Freiwilligkeit“, wie Beheimrat Hagen, eine Verlängerung der Arbeitszeit zu lassen, sondern noch etwas weiter gehen will. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, ist also der Achtstundentag ernstlich gefährdet. Wir hoffen zwar, daß kein Gewerkschaftsmitglied seine Hand zum Abbau der Freiheit bieten wird, halten es aber dennoch für ratsam, die offizielle Vertretung der deutschen Gewerkschaften, den Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, hierdurch zu veranlassen, in entschiedenster Form zu erklären, daß die deutschen Gewerkschaften unter keinen Umständen in eine Verlängerung der Tages- oder Wochenarbeitszeit willigen würden.

Der ungeteilten Zustimmung der Gewerkschaftsmitglieder könnte man wohl sicher sein.

Gaukonferenz des Gaus 13 (Berlin).

Die Konferenz fand am 31. Januar und 1. Februar in Finsterwalde statt. Nach den üblichen Begrüßungsreden durch den Gauleiter, Kollegen Kocke, durch den Herrn Bürgermeister im Namen der Stadt und weiter durch den Kollegen Katusch im Namen der Arbeiterschaft von Finsterwalde beginnt die Tagung um 10 Uhr vormittags.

Kollege Kocke spricht zuerst zum Punkt Tarifabschlüsse. Vor uns liegt gedruckt der Tätigkeitsbericht der Gauleitung. Der Gau umfaßt jetzt 33 Orte mit 40 215 Mitgliedern, während am 1. April 1919 nur 19 Filialen mit 28 511 Mitgliedern bestanden. Im 4. Quartal allein sind in 25 Orten Tarifabschlüsse bewirkt worden, außerdem für die Niederlausitz ein Abbruch über den ganzen Bezirk. Streiks waren in letzter Zeit ebenfalls in verschiedenen Orten zu verzeichnen. Es war aber der Gauleitung nicht immer möglich, zur gewünschten Zeit an Ort und Stelle zu sein, zumal ja auch die Bahnverbindung eine sehr schlechte war. Der zwischen den Vertretern des Nordostdeutschen Textilarbeiterverbandes einerseits und den Vertretern des Deutschen Textilarbeiterverbandes und denen des S.-D. Gewerkschaftsbundes andererseits aufgestellte Tarif wird vom Kollegen Kocke näher besprochen. Er empfiehlt ihn einer aus der Konferenz gewählten Kommission zur Durchberatung und Verbesserung zu übergeben. Scharf kritisiert Kollege Kocke, daß einzelne Ortskartelle Tarifverträge abschließen, ohne die dazu gewählten Vertreter davon in Kenntnis gesetzt zu haben. Weiter zeigt er die Schwierigkeiten, die sich bei Tarifabschlüssen über einen großen Bezirk einstellen. Redner geht dann zu den Feuerungszulagen über und beurteilt die vorzeitig abgeschlossenen, auch in der Niederlausitz, die noch keiner Meinung große Verwirrung in die Verhandlungen hineintragen haben. Trotzdem es nicht immer möglich war, allen Wünschen gerecht zu werden, glaubt der Gauvorstand voll und ganz seine Schuldigkeit getan zu haben.

In der nun folgenden Diskussion werden die Tarife paragraphenweise durchgesprochen und daran anschließend Verbesserungen empfohlen. Im allgemeinen decken sich die Tarife mit dem für die Niederlausitz abgeschlossenen. Gewünscht wird, auch ferner den Unorganisierten klar die Bahne zu zeigen und ein Zusammenarbeiten mit ihnen auch weiter abzulehnen. Von Kolleginnen wird besonders gefordert, die Löhne bei gleicher Arbeit auch im Zeitlohn den Löhnen der Männer gleichzustellen; auch die prozentuale Verteilung der Feuerungszulage wird als ungerecht gegen Frauen und Jugendliche empfunden. — Die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft im Unterbezirk Lausitz schildern dann noch die Verhandlungen bei den letzten Feuerungszulagen und die Umstände, die sie zwangen, ohne Kollegen Kocke in Verhandlungen zu treten. Kollege Kocke macht dann noch den Vorschlag, die Arbeitsgemeinschaft so zu regeln, daß für alle im Bezirk vorhandenen Betriebe Tarife abgeschlossen und diese dann in den Verhältnissen entsprechende Lohnklassen eingeteilt werden.

Folgende Anträge werden angenommen:

1. Die Feuerungszulage in allen Orten, wo dieselbe noch nicht abgeschlossen ist, als Zuschlag von 80—100 Proz. zu den bestehenden Tariflöhnen zu fordern. Wo bereits Abschlüsse bestehen, sollen Nachforderungen bis zu genannter Höhe eingereicht werden.
2. Die Gaukonferenz beschließt, den Zentralvorstand zu beauftragen, bei der Reichsarbeitsgemeinschaft dahin zu wirken, daß in Zukunft nur noch Tarifabschlüsse für alle in der Textilindustrie beschäftigten Arbeiter im Gau abgeschlossen werden.
3. Die Gaukonferenz wolle beschließen, Richtlinien festzulegen, nach welchen die Unterrichtsstufe für Belehrung der Betriebsräte, die vom Zentralvorstand propagiert werden, durchzuführen sind.
4. Die Gaukonferenz beschließt, den Zentralvorstand zu beauftragen, in kürzester Zeit zur Erwerbslosenfürsorge Stellung zu nehmen. (Zur Befolgung der Generalversammlung in Plauen sollte der Zentralvorstand schon längst Schritte unternommen haben, um die Erwerbslosenfürsorge den jetzigen Lebensverhältnissen anzupassen. [Der Vorstand hat solche Schritte getan. D. S. D.]

Ein Antrag, den Magdeburger Streikenden erhöhte Streifgelder zu zahlen, wurde, da Ausnahmen darin nicht gemacht werden können, abgelehnt. Ein Antrag, eine Zellerfassung für die streikenden Kollegen zu machen, wurde angenommen und ausgeführt.

Ferner gingen noch folgende Resolutionen ein und wurden angenommen:

1. Die am 31. Januar und 1. Februar 1920 in Finsterwalde tagende Konferenz des Bundes Berlin des Deutschen Textilarbeiterverbandes erhebt den härtesten Protest gegen die Unterdrückung der Pressefreiheit; sie fordert die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes und die sofortige Entlassung aller wegen politischer Vergehen Inhaftierten und die endliche Beilegung der Schussfrontkämpfe.

2. Die außerordentliche Konferenz beschließt, sämtliche Ortsvereine des Textilarbeiterverbandes (Satz 13) sind verpflichtet, gegen die Maßnahmen der Regierung betreffs Einrichtung und Förderung der Technischen Nothilfe mit aller Energie Front zu machen. Die Konferenz steht auf dem Standpunkt, daß diese Einrichtung nicht zur Verhütung und Förderung des Wirtschaftens beiträgt, sondern daß sie einseitig und ausschließlich im Interesse des Kapitals und Unternehmertums liegt und weiter nichts bedeutet, als die moderne Form von Streikbrecherorganisationen.

Kollege Ködell-Berlin (R.-B.) sprach dann noch zum Betriebsratsgesetz und empfahl örtliche Unterrichts-kurse für Betriebsräte.

Nach die vom Beirat in einer Konferenz wenigerregelt Beitragszahlung wurde erörtert, zugleich auch die damit verbundene erhöhte Streikunterstützung.

Auf der Konferenz waren anwesend 65 Delegierte, davon 11 Kolleginnen und 54 Kollegen, 4 vom Gewerkschaftsrat, 1 vom Zentralvorstand und 7 Geschäftsführer.

Kollege Köpfe dankte zum Schluss den Finsterwalder Kollegen für ihre Mühe und hoffte, daß alle Delegierten frisch und fröhlich an die Arbeit gehen und weiter Gutes für die Organisation schaffen werden. Mit einem Hoch auf den Deutschen Textilarbeiterverband wurde die Konferenz geschlossen.

Berichtigung.

In unserer Nummer 6 muß es in dem Artikel „Eine verheißene Zukunft“ in Spalte 2 Zeile 15 statt „Geschäftsklärungen“ „Geschäftsklärungen“ und in Spalte 3 Zeile 21 statt „Geschäftsklärungen“ heißen. — In dem Artikel „Der Krähle“ — der Textilarbeiterverband, sollte man sich in Spalte 2 den Absatz „Ob...“ nach dem Absatz „Was...“ Dokumente“ denken. — Auf Seite 22 in „Aus der Textilindustrie“ muß die Spitzmaße zu dem 2. Satz statt „Textilarbeitergewinne“ „Textilunternehmergewinne“ heißen.

Aus der Textilindustrie.

Achtung! Textilarbeiter! Infolge Beilegung der Differenzen ist der Streik der Seiler- und Reppschlägergehilfen, Arbeiter und Arbeiterinnen der Seilereien und Tauwerfmaschinen von Hamburg, Altona und Umgegend beendet. Dagegen bestehen bei der Firma Hamburger Tauwerfmaschinen Stobichinski u. Wientke, Fabrik: Weg nach der blauen Brücke, Kontor: Trauerstr. 12-14, die Differenzen weiter und bleibt dieser Betrieb für die Arbeiterschaft gesperrt. Vor Bezug nach dort wird gewarnt.

Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten! Textilarbeiterverband Hamburg u. Umgegend.

Leuerungszuschlag für den Oberbergischen Bezirk Gummensbach-Regental. In einer am 27. Januar gepflogenen Verhandlung des paritätischen Hünferauschusses wurde über einen von den Arbeitnehmerorganisationen des Deutschen Textilarbeiterverbandes einerseits und des Christlichen Textilarbeiterverbandes andererseits gestellten Antrag, betreffend eine Leuerungszulage für die im oberbergischen Bezirk beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen in der Textilindustrie, verhandelt. Es wurde eine Einigung erzielt. Als Leuerungszulage wurde bewilligt für Arbeiter bis 20 Jahren beiderlei Geschlechts 20 Pf., über 20 Jahre weiblichen Geschlechts 30 Pf., über 20 Jahre männlichen Geschlechts 40 Pf. für die geleistete Arbeitsstunde, rückwirkend ab 1. Januar 1920 und bis zum 15. März 1920 geltend. Für Heimarbeiter wird auf die verdiente Lohnsumme ein Leuerungszuschlag von 20 Proz. gewährt. Bei der Lohnzahlung ist diese vereinbarte Leuerungszulage besonders zu verrechnen und auf den Lohnzettel zu vermerken. Hinsichtlich der Auszahlung der Leuerungszulage an die Jugendlichen sind die getroffenen Vereinbarungen maßgebend, welche wegen der Auszahlung des ganzen Lohnes Geltung erlangt haben.

Eine Versammlung der Vorstände mit Ausschussmitgliedern nahm nach einer Berichtserstattung der Gewerkschaftsvertretung dieses Angebot an.

Die Verwendung von Papiergeweben ist seit Beginn des vorigen Jahres erheblich zurückgegangen und ist infolgedessen für diese Erzeugnisse ein gewaltiger Preissturz eingetreten. Es wird bemerkt, daß die so außerordentlich hohen Preise für alle wollenen Gewebe in der letzten Zeit wieder mehr die Verwendung von Papiergeweben zur Folge haben. Allerdings werden für solche auch nicht annähernd Preise gezahlt, wie es während des Krieges der Fall war.

Die Lage des deutschen Webstoffgewerbes hat sich weiterhin befriedigend entwickelt. Alle Zweige sind, mit den bekannten Einschränkungen, gut mit Aufträgen versehen, obwohl die Warenpreise zum Teil erhebliche Preissteigerungen erfahren haben. Das Ausführungs-geschäft bleibt naturgemäß begrenzt.

Seine Kammgarnspinnerei des Elbaf für Deutschland. Die erstklassigen Kammgarnspinnereien, welche vor dem Kriege wohl die bedeutendsten Lieferanten für die deutsche Kammgarnweberei gewesen sind und auch die deutschen Wirkwaren und Fabriken mit Rohstoff versahen, lehnen Lieferungen ab, da sie solche vorzugsweise für die Wolleweberei Nordfrankreichs ausführen haben.

Errichtung einer Baumwollgarnbörse in Mülhausen im Elsaß. In Mülhausen im Elsaß soll eine ständige Baumwollgarnbörse errichtet werden. Schon veröffentlicht der Verein der Elsaßischen Baumwollspinnerei regelmäßige Garnnotierungen. Es dürfte sich um ein ähnliches Unternehmen wie das der Stuttgarter Garn- und Warenbörse handeln.

Den deutschen Baumwollausfuhrhäusern in Alexandria ist die Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit nicht gestattet worden.

Die Lompnanaktionen in England, welche früher in Donsbury regelmäßig abgehalten wurden, sind vorläufig wegen Warenmangels offiziell noch nicht aufgenommen worden.

Erweiterung der Mailänder Börse. Die Mailänder Börse soll durch Einfügung einer Waren-, insbesondere einer Textilwaren Börse, erweitert werden.

Soziale Rundschau.

Die Erwerbslosenfürsorge.

Seit dem 1. Februar d. J. betragen die Höchstätze der Erwerbslosenfürsorge:

Table with columns: für, in den Orten der Ortstypen, A, B, C, D, E. Rows include 1. männliche Personen (a) über 21 Jahre, b) darunter, 2. weibliche Personen (a) über 21 Jahre, b) über 21 Jahre, c) unter 21 Jahren.

Die Familienzuschläge, die ein Erwerbsloser erhält, dürfen insgesamt das Anderthalbfache der ihm gewährten Unterstützung, im einzelnen folgende Sätze nicht übersteigen:

Table with columns: für, in den Orten der Ortstypen, A, B, C, D, E. Rows include a) den Ehegatten, b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige.

Unterstützungen, die der Erwerbslose auf Grund eigener oder fremder Vorsorge bezieht, sowie Rentenbezüge dürfen für die Beurteilung der Bedürftigkeit nur zu zwei Dritteln ihres Betrages in Betracht gezogen werden. Zinsen von Spargroschen und dergleichen sind voll anzurechnen.

Die Erwerbslosenunterstützung ist der Pfändung nicht unterworfen.

Berichte aus Fachreisen.

Hann. Am 26. Januar fand in der Wirtschaft von Trost unsere erste Mitgliederversammlung statt. Es fanden mehrere Punkte auf der Tagesordnung und wurden glatt erledigt. Da wir hier durch volle Agitation die ansehnliche Zahl von 40 Mitgliedern erreicht hatten, wünschten die Kollegen die Gründung einer selbstständigen Ortsgruppe, die auch einstimmig beschlossen wurde. Nach der Vorstandswahl (Eiling, Thomas, Hünemann und Sabers) wurden noch einige Punkte erledigt und dann beschlossen, in kurzer Zeit eine öffentliche Versammlung abzuhalten. Zum Schluss wurden die Mitglieder ermächtigt, kräftig für unsere Sache einzutreten, damit auch hier in Abau eine kräftige Filiale entstehen möge.

Breslau. Ein besonderer Gedenktag in der Geschichte der Textilarbeiter der Filiale Breslau wird der 28. Januar 1920 sein, wo es das erstmalig möglich war, im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses die Mitgliederversammlung abzuhalten. Ueber 500 Mitglieder hatten sich eingefunden, obwohl die Versammlung schon um 1 Uhr stattfinden mußte und die meisten mit hungrigem Magen in die Versammlung eilten, gleich von der Arbeitsstätte weg. Der 1. Geschäftsführer, Kollege Gütler, erstattete den Geschäfts- und Kassenbericht vom Jahre 1919. Der Mitgliederbestand betrug 2240. Versammlungen, Sitzungen und sonstige Veranstaltungen fanden 209 statt, wo Kollege Gütler in jedem Falle anwesend war, darunter allein 75 Verhandlungen mit Arbeitgebern. — Die schriftliche Tätigkeit der Verwaltung zeigt folgendes Bild: Korrespondenzeingänge 682, Ausgänge 1155. Die Jahresrechnung betrug 62 068,79 Mk., der eine Jahresausgabe von 46 634,40 Mk. gegenübersteht; ein Ortstypenbestand verblieb am Jahresabschluss 1919 von 5433,89 Mk. In der Ausgabe sind 28 801,43 Mk. einbezogen, welche an die Hauptkasse abgeführt wurden. Die Dresdener Verbandszeitung soll geschrieben und zum Selbstkostenpreise abgegeben werden. — Ferner wurde der Bericht der Arbeitsgemeinschaft über die Leuerungszulage ab 2. Januar erstattet. (Siehe Nr. 5.) — Ferner sind noch Kolleginnen und Kollegen vorhanden, welche den Verbandbeitrag nicht dem Statut entsprechend entrichten. Es wurde bestimmt, daß ab 5. Beitragswoche der Beitrag genau nach dem Statut erhoben wird. In diesem Quartal soll auch jedes Mitglied 2 Ergänzungsbeiträge zu je 50 Pf. entrichten.

Wethhardsdorf (Kreis Lauban). Hier war unter den Mitgliedern bei der Firma Gustav Winkler Uneinigkeit entstanden, weil einige Kollegen und Kolleginnen aus Bequemlichkeit, oder aus den Sonntagsnachmittagen völlig frei zu bekommen, den Achtstundentag dauernd durchbrechen wollten. Es wurden Montags 8 Stunden, Dienstags, Mittwoch, Donnerstags und Freitags aber je 8 1/2 Stunden und Sonnabends 4 Stunden gearbeitet. Die Ueberbreitung des Achtstundentags sollte nun aufhören und es sollte gemäß den Anweisungen unserer Verbandsleitung und den Bestimmungen des Tarifvertrags die ersten fünf Tage je 8 Stunden und am Sonnabend höchstens 6 Stunden gearbeitet werden. Dagegen erhob sich lebhafter Widerspruch, der sich bis zur Opposition gegen den verdienten Vorsitzenden, Kollegen Paul, steigerte und einen ersten Konflikt zu zeitigen drohte, in den selbst der an der Angelegenheit ganz uneteiligte Kassierer mit verwickelt wurde. Wir hoffen indes, daß der Konflikt durch die bessere Einsicht, die den Kollegen inzwischen gekommen sein möge, seine Lösung gefunden haben wird; denn es liegt im Interesse aller, daß der Achtstundentag nie als eine Ueberbreitung erscheine, denn läßt man die Ueberbreitung der täglichen Arbeitszeit für die Dauer zu, so kann leicht die Verringerung der Sonnabend-arbeitszeit schwinden, die Ueberbreitung der täglichen Arbeitszeit sich aber zu einer dauernden Verlängerung der wöchentlichen Arbeitsdauer werden, ganz abgesehen davon, daß dann das Prinzip des Achtstundentags aufgegeben wäre. Nicht zu reden von der Verletzung einer gesetzlichen Bestimmung, die nach hundertjährigem Kampfe endlich durchgesetzt zu haben wir nicht stolz genug sein können und die in ihrer Wirksamkeit aufrechtzuerhalten wir alle Veranlassung haben. Die Aufrechterhaltung der Wirksamkeit der Bestimmung würde aber in Frage gestellt, wenn wir selber sie dauernd verletzen.

Köln. Am 22. Januar fand die Generalversammlung der Filiale Köln in der „Gasthof“ statt; sie war gut besucht. Der Geschäftsführer erstattete den Kassenbericht. Trotz der kolossalen Ausgaben der Filiale hat der Kassenbestand sich vermehrt. Zu dem Geschäftsbericht sagte Geschäftsführer Schmidt: Mit Genehmigung wurde der Aufstieg der Filiale im verflochtenen Jahre festgesetzt. Mitgliederbestand am Beginn des Jahres 49, am Ende des Jahres 2174 Mitglieder, woran das letzte Quartal mit 714 beteiligt ist; heute beträgt die Mitgliederzahl bereits 2600. An Versammlungen wurden im letzten Quartal abgehalten: 36 Betriebsversammlungen,

1 Generalversammlung, 2 Mitgliederversammlungen, 1 Vorstandssitzung, 3 Vertrauensmänner- und Ausschüssungen, Verhandlungen mit Unternehmern und deren Organisationen fanden 41 statt, briefliche Verhandlungen 16, am Schlichtungsausschuß 7, bei dem Demobilisationskommissar 1, bei den britischen Besatzungsbehörden 6, Konferenzen 3. Gesuche an Behörden für Mitglieder wurden 7 ausgearbeitet. Auskunft in beruflichen Angelegenheiten wurde 18mal erteilt. Lohnbewegungen fanden 28 statt, davon 2 mit Arbeitsvereinigungen von 1 Tag und eine mit 8 Tagen. Sämtliche Lohnbewegungen waren erfolgreich; es wurden in allen Lohnbewegungen von 50 bis 80 Proz. in einem Betriebe eine solche von 185 Proz., in einem von 371 Proz. erzielt. Ferner wurden von 3 bis 6 bzw. 3 bis 8 und von 6 bis 12 Tagen erreicht. Organisationsgang in 3 Betrieben. Auf die bisher laufenden Tarifverträge wurden teils einmalige, teils laufende Teuerungszulagen, insgesamt für 18 Betriebe mit 1488 Mitgliedern in der Gesamthöhe von 321 275 Mark im letzten Quartal errungen. In dem Kollege Schmidt auf die Parteilichkeit der Unternehmer bei den Verhandlungen hinwies, hob er hervor, daß das letzte Quartal an die Gewerkschaft wie an die Mitglieder die größten Anordnungen stellte. In Zukunft gelte an jener ganzer Kampf dem Unternehmertum, das sich mit behäbiger Miene wieder brütet, es gelte die allgegenwärtige Gewohnheit der Textilarbeiter zu durchbrechen, die Textilarbeiter niedriger zu entlohnen als Arbeiter anderer Berufe. Das letzte Quartal habe gezeigt, daß da, wo die Kollegen nicht ausstarrte im Kampf, auch der Erfolg dementsprechend sei. Das beweisen die Tarife, die von der Organisationsleitung eingebracht seien und, nachdem die erste Verhandlung gescheitert sei, die Firma den Arbeiterauschuß beauftragt habe und dieser einen weit schlechteren Tarif abgeschlossen habe als die sind, wo unser Vertreter die Verhandlungen zu Ende führte. Heute bereuen die Kollegen ihre Sünden. Unter größter Mühe ist es uns gelungen, auch hier noch Verbesserungen herauszubekommen. — Dann ergriff der Vorsitzende Bittner das Wort und wies auf die Riesensache hin, die im Quartal geleistet worden ist, zumal alles auf eines Namens Schulters ruhte und niemand von den Mitgliedern sich bereit fand, einmal mit Hand anzulegen. — Die Vorstandswahl war nach einigem Hin und Wieder glatt erledigt. Unter Verbandsangelegenheiten beschloß man den Antrag der Leistung gemäß, eine weibliche Kraft für Bureauarbeiten anzustellen. Das Gehalt des Unterkassierers wurde auf Antrag der Versammlung um 40 Mk. wöchentlich erhöht. Nach der Wahl von Delegierten zur Führerkonferenz und zum Betriebsrats- und Arbeiterauschlußkongress wurde noch gewünscht, unserem Verbandsorgan mehr Beachtung zu schenken, überhaupt die Wirkung mehr zu pflegen. — Der Geschäftsführer erstattete dann Bericht von der Konferenz bezw. der Ueberbreitungszulagen für Brot- und Kartoffelpreisüberhöhung. Er bewahrte die Gelangung der Christen und der anderen Gewerkschaften, die in ihrer Herjungsarbeit selbst bei den wichtigsten Angelegenheiten keine Grenzen kennen. Allgemeine Heiterkeit erzeugte die Mitteilung, daß die Christen nicht einziehen wollten, daß sie mit ihrem bescheidenen Einkommen hier in Köln gegenüber den freien Gewerkschaften in der Winterzeit sind. — Nachdem noch das Sammelergebnis für die Wiener Kinder innerhalb der Filiale (527,25 Mark) sowie das Ergebnis der Sammlung der Arbeiter der Firma Jellen u. Gailleoune (271,65 Mk.) für die durch Hochwasser geschädigten Arbeiter bekanntgegeben worden war, schloß der Vorsitzende mit einem kräftigen Schlusswort und der Ermahnung zur Geschlossenheit und Einheitslichkeit im Handeln die Versammlung.

Leipzig. Die Filiale Leipzig hielt am 27. Januar im großen Saal des Volkshauses ihre diesjährige Generalversammlung ab. Wegen der übrigen reichhaltigen Tagesordnung wurde Punkt 1 der Tagesordnung: Bericht der Geschäftsleitung, abgelehnt und auf die nächste Mitgliederversammlung vertagt. Bei Punkt 2 erfolgte die Wahl des 1. Vorsitzenden, des Vorstandes, der Kassieren und der Kartelldelegierten. Zum ersten Vorsitzenden wurde Kollege Vogt mit großer Mehrheit wiedergewählt. Kollege Fanger gab einen Bericht über die Neuorganisation des Vertrauensmänner-systems und über das Kontrollsystem für Sitzungen und Versammlungen. Weiter wurde die Anstellung des Kollegen Köppl als Hilfsarbeiter beschlossen und die Anstellung der Kollegin Wallisch als Hilfsarbeiterin genehmigt. Kollege Philipp berichtete über die Verhandlungen in Chemnitz und gab die erzielten Teuerungszulagen bekannt. Die Teuerungszulage sind rückwirkend ab 15. Januar 1920 und bewegen sich, je nach den abgeschlossenen Tarifen, von 45 Pf. bis 1 Mk. pro Stunde. Kollege Kretschmar machte Ausführungen über das Dienerelend der Großstadt und Kollege Pechardt forderte die Mitglieder auf, der Kirche, die eine Stütze der Reaktion sei, den Rücken zu kehren. Mit einem Appell des Kollegen Philipp, der Zeitungspreise auch in der Zeit des Verbots die Treue zu bewahren, wurde die stark besuchte Versammlung geschlossen.

Salzgitter. Am 28. Januar fand im Verbandslokal eine Mitgliederversammlung statt. Die Tagesordnung war folgende: 1. Kassenbericht vom 4. Quartal 1919; 2. Reserat des Gauleiters Kollegen Döbler-Hannover; 3. Freie Aussprache. Bevor zur Tagesordnung übergegangen wurde, gab die der Vorsitzende der verstorbenen Mitglieder. Hierauf gab der Kassierer, Kollege Kneugebauer, den Kassenbericht. Die Einnahme betrug 8452,19 Mk., der eine Ausgabe von 2216,58 Mk. gegenüberstand; als Kassenbestand blieben 1235,61 Mk. Gauleiter Kollege Döbler sprach über die Arbeitsgemeinschaft, wofür ihm großer Beifall gezollt wurde. Döbler wies auch auf die Lohnstatistik hin und machte es jedem Mitgliede zur Pflicht, die Lohnzettel an die Kassierer abzugeben.

Stadelwitz (Bez. Breslau). Der Deutsche Textilarbeiterverband hielt am 27. Januar für die Mitglieder in Stadelwitz und Umgegend, welche in der dortigen Kammgarnspinnerei beschäftigt sind, eine Versammlung dort im Speiseaal ab. Kollege Gütler, als 1. Geschäftsführer der Bezirksfiliale, erstattete den Geschäfts- und Kassenbericht vom Jahre 1919. Die Gesichter der alten Kolleginnen erhellten sich ganz besonders, als ihnen berichtet wurde, daß im Jahre 1919 die Mitgliederzahl um 2055 Mitglieder gestiegen ist, worin auch die Kollegenschaft von Stadelwitz mit 222 neuen Mitgliedern inbegriffen ist. — Nachdem nun die Einnahmen und Ausgaben in den einzelnen Zahlen und Posten gegenübergestellt waren, wurde vom Versammlungsleiter, Kollegen Dreischer, bekanntgegeben, daß über die Filiale Breslau von ihrer Gründung an, eine Beschriftung geschrieben wird, die, obwohl, zum Selbstkostenpreis an die Mitglieder abgegeben werden soll. Kollege Gütler berichtete dann über die Beschlüsse der Arbeitsgemeinschaft bezw. Leuerungszulage ab 2. Januar 1920. Hier kam offensichtlich einem jeden wieder zum Bewußtsein, was der Verband für jeden einzelnen Textilarbeiter bedeutet, wenn es gilt, seine wirtschaftlichen Interessen zu vertreten. Einstimmig wurde diesem Beschluß zugestimmt, aber auch entschieden betont, nur mit Arbeitern zusammenzuarbeiten, welche im Deutschen Textilarbeiterverband organisiert sind, da dieser nur einzig und allein als die zuständige Berufsorganisation für Textilarbeiter in Frage komme. Es wurde der Erkenntnisakt aufgestellt: Nur eine geschlossene Bilanz führt die Textilarbeiter zum Ziel! Dann referierte Kollege Gütler noch über den Betriebsratskongress in Leipzig. — Des Weiteren wurde beschlossen, daß für alle weiblichen und männlichen Mitglieder unter zwanzig Jahren die Wochenbeiträge nach der nächsthöheren Klasse zu entrichten sind; die erste Beitragsklasse bleibt ganz unbenutzt. Männliche, über 20 Jahre alte Mitglieder haben alleamt die höchste Beitragsklasse zu benutzen, die weiblichen über 20 Jahre alten mindestens 120 Mk. pro Woche zu zahlen. Zur Stärkung der Sozialkasse und Beschaffung der nötigen Bureauartikel und sonstigen Ausgaben für Agitation usw. wurde einstimmig beschlossen, Ergänzungsbeiträge in Höhe von 50 Pf. zu erheben, und zwar pro Mitglied 2 Stück im 1. Quartal. Sollte die Erhebung sich noch länger notwendig machen, soll eine neue Vorlage gemacht werden.

Ursch. Am 2. Februar fand eine gut besuchte Mitglieder-versammlung unserer Filiale statt. Kollege Schwartz-Kentlingen referierte in köstlichen ausgeprägten Ausführungen

Über: „Der Kampf der Textilarbeiter um Dasein und der Wert der Organisation“. Der Redner ließ sich von der Ansicht leiten, daß wir den Kapitalismus nicht wieder großziehen dürfen, sondern soviel wie möglich für die Arbeiterklasse zu erreichen bestrebt sein müssen. Restloser Zusammenschluß verbürgt uns die Erreichung des Zieles. Brauender Beifall wurde dem Redner zuteil. Eine kurze Debatte schloß sich an. — Der Klassenbericht wurde mit großer Befriedigung aufgenommen. — Nach Erledigung mehr geschäftlicher Angelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung. Kollege Schwarz wird später wieder einen Vortrag halten.

Verband. Am 27. Januar hielt die Filiale Verband in zwei Sälen zwei große Mitgliederversammlungen ab. Auf der Tagesordnung stand: Bericht von den Verhandlungen in Chemnitz, betreffend Feuerungszulage und Aussprache hierüber. Die Kollegen Höra und Rascher gaben in ausführlichen Referaten das Resultat der Konferenz bekannt. In der Aussprache gaben die über 2000 anwesenden Kollegen und Kolleginnen zu erkennen, daß sie das Angebot der Arbeitgeber in Höhe von durchschnittlich 33 M. wöchentlich und pro Kopf der Belegschaft als Abschlagszahlung auf die weitere Entwicklung unserer Lohnsätze den Feuerungsverhältnissen entsprechend annehmen. Ein erfreuliches Bild zeigte die Versammlung insofern, als die Mitgliedschaft erkannte, daß auch der Verband in bezug auf seine Beiträge sich den neuen Verhältnissen anpassen müsse. Ein Antrag: Ab 15. Februar 1920 die Beiträge folgendermaßen zu erhöhen: für alle Kolleginnen sind in Zukunft 1,50 M., für alle Kollegen, mit Ausnahme der jugendlichen unter 18 Jahren, 2 M. als Wochenbeitrag zu erheben, die 60-J.-Klasse für invalide und einkommenslose Mitglieder bleibt auch weiterhin bestehen, wurde nach reiflicher Aussprache gegen nur zwei Stimmen angenommen. Fassen wir, daß die Früchte dieses Antrages recht reichlich und zugunsten der Kollegen und Kolleginnen ausfallen mögen!

Waffenbüttel. Am 24. Januar fand im Gasthaus „Zum Bollen“ die Generalversammlung der hiesigen Zwickauer Filiale statt. Die Tagesordnung enthielt: Bericht vom verfloßenen Geschäftsjahre; Neuwahl des Vorstandes und der Kartelldelegierten; Gewerkschaftliches. Kollege Heinrich König-Braunschweig entwickelte in Form eines ausführlichen Referats den Geschäftsbericht, welcher ein zufriedenstellendes Resultat ergab im Vergleich zu der Organisationsfähigkeit vor dem Kriege. Der Redner sagte: Die Revolution hat auch auf dem gewerkschaftlichen Boden weitgehende Verbesserungen erziehen lassen, so in bezug auf das Koalitionsrecht. Auch das langersehnte Ideal des gewerkschaftlichen Kampfes, der Achtstundentag, ist erreicht worden. Die Erwerbslosenfürsorge ist eine überaus humanitäre Einrichtung zum Wohle des arbeitenden Volkes, insbesondere für uns Textilarbeiter; gerade wir haben in überaus reichem Maße unter der von der früheren Regierung fahrlässig herausbeschaffenen Kohlennot zu leiden. Das Betriebsratsgesetz, welches uns infolge der Revolution erstanden ist, wird, wenn es auch noch einige Mängel aufweist, in Zukunft in Verbindung mit dem Zusammenschluß unserer ganzen organisatorischen Kräfte zu einem Machtfaktor für uns werden. Für die armen, nimmermüden Perren Aktionäre wird es zum Hemmnis werden. — Hierorts wurden im vergangenen Jahre zwei Tarife abgeschlossen, welche als verhältnismäßig günstig zu bezeichnen sind. Von einer Neueinrichtung wurde bis auf weiteres Abstand genommen. Dagegen beschloß der Betriebsausschuß, wegen Gewährung von Feuerungszulagen mit der Direktion in Verhandlungen zu treten. — Nach dem Bericht fand die Neuwahl des Vorstandes statt. Zum Schluß richtete Kollege Josef Müller noch eindringliche Worte an die anwesenden Kollegen und Kolleginnen. Was wir erreicht haben, ist der Organisation zu verdanken. Wir müssen auch fernerhin fest zusammenstehen zum Schutz und Trutz wider unseren Erbfeind, den Kapitalismus. Den Unorganisierten rufen wir zu: Erkennt eure Schwäche als einzelne, eure Macht im Bereiche der Organisation! Nicht betteln, nicht bitten, nur mutig gestritten!

Bismarck. Sonntag, den 18. Januar, fand die Generalversammlung unserer Filiale mit folgender Tagesordnung statt. Kollege Frenzel berichtete, daß die Einnahme 42 983,52 M. betragen habe. In die Hauptkasse wurden 24 044 38 M. abgeliefert, und an Kassenbestand verblieben der Filiale 8879,26 M. Die Mitgliederzahl stieg von 2625 auf 3214, also um 589 Mitglieder. Der Kartennachschub betrug pro Mitglied und Quartal 10,87 M., ist also, wenn man beachtet, daß ein größerer Teil der Mitglieder erst im Laufe des Quartals dazugekommen ist, ein normaler zu nennen. Kollege Wolfrum gab den Jahresbericht. Davon ausgehend, daß seit Kriegsausbruch noch kein Jahresbericht gegeben worden sei, schilderte er das Verbandswesen seit diesem Zeitpunkt. Aus dieser Schilderung war zu ersehen, wie ungeheuer unsere Filiale durch den Krieg gelitten hat; denn bei seiner im Juni 1917 erfolgten Rückkehr vom Fronte waren nur noch 65 Mitglieder vorhanden gewesen. Trotz aller Energie und ununterbrochener Arbeit sei es aber nicht möglich gewesen, eine nennenswerte Zahl Mitglieder für den Verband zu gewinnen und sei der Ausfall ein sehr langjammer gewesen. Die noch in der Heimat anwesenden Kollegen und Kolleginnen seien zum allergrößten Teil, infolge sehr großer Einschränkung der Betriebe, in andere Industrien, vor allem die Metallindustrie, abgewandert, aber auch ein sehr großer Teil hätte arbeitslos auf der Straße gelegen. Deshalb sei es nicht möglich gewesen, die noch arbeitenden Kollegen und Kolleginnen, deren Löhne, trotz immerhin schon recht erheblicher Steigerung der Preise für alle Lebensmittel und Verbrauchsgüter, noch sehr niedrig waren (sie betragen für Männer im Höchstfall 55 Pf. und für weibliche Arbeiter 30 Pf. pro Stunde) für eine Erhöhung derselben zu interessieren. Erst mit Ausbruch der Revolution sei hierin eine Aenderung eingetreten. Die Arbeiter und Arbeiterinnen seien dann in Scharen dem Verband zugeströmt. Er habe die Fabrikbesprechungen gleich in den Betrieben selbst abgehalten, habe unter den Augen der Fabrikanten und Direktoren die Arbeiterauschüsse neu wählen lassen und diesen sofort unsere Aufnahmeweisung in die Hand gedrückt und sie aufgefordert, sich selbst zu organisieren und dafür zu sorgen, daß in absehbarer Zeit im ganzen Betrieb kein Unorganisiertes mehr vorhanden sei. Das habe guten Erfolg gehabt, und heute hätten wir eben im ganzen Bezirk nur noch einzelne Außenseiter, die aber unbedingt noch geholt werden müßten. — Diejem Erfolge verdanke man die Steigerung der Friedenslöhne um 700—800 Proz. Sei das für die Arbeiterklasse nicht zum Segen geworden, so liege es nicht an den Gewerkschaften, sondern an dem unglücklichen Ausgang des Krieges und nicht zuletzt auch daran, daß die Arbeiterklasse auf politischem Gebiete bedauerlicherweise in drei Heerlager gespalten sei. Man rufe berechtigterweise nach dem Sozialismus. Wie die Sache heute stehe, bekämen wir die zu einem tüchtigen Betriebsrat notwendigen Leute kaum zusammen. Dies einschend, habe das auch von uns unterstützte Kartell beschlossen, neben der Volkshochschule selbst noch Fortkurse abzuhalten, in denen nur sozialistische und gewerkschaftliche Themen behandelt würden. Er empfehle deshalb schon jetzt eine starke Beteiligung unserer Kollegen und Kolleginnen. — Nimmerehr erfolgte die Vorstandswahl. — Die Besprechung mehr interner Angelegenheiten beschloß die Versammlung.

Bismarck i. Sachsen. Jahresgeneralversammlung. Am 18. Januar tagte im „Brauereischützen“ die Jahresgeneralversammlung, die von Vertretern aus allen Bezirken zahlreich besucht war. Kollege Graupe gab den Jahresbericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung und der Geschäftsleitung. Einleitend hob er hervor, daß im Anfang des Jahres die Regelung der 48stündigen Arbeitswoche, die Remuneration der Arbeiterauschüsse in den Betrieben, die Befestigung des Strafverfahrens die erste Tätigkeit war. (Er, als Geschäftsführer, sei erst Ende Dezember 1918 aus

dem Felde zurückgekehrt.) Ende des Frühjahrs wurden für sämtliche Branchen Tarifverträge getätigt. Die Kohlenknappheit brachte wiederholt Betriebsbeeinträchtigungen mit sich, besonders in zwei Raumagarnspinnereien (Diemel-Wilkau und Schmelzer-Lichtenenne). Die Papieragarnspinnerei, welche während des Krieges in einzelnen Betrieben eingeführt war, wurde überall abgebaut. Der Geschäftsgang war im letzten Halbjahre gut. Auch die Striderei und Strumpfweberei im Rülfigengrunde hat ihre Betriebe wieder in Gang gesetzt. Die Raumagarnspinnerei Otto Schön-Marienthal hat am 1. Oktober er. den Betrieb aufgenommen. Der bessere Geschäftsgang in den Webereien des Rülfigengrundes des letzten Halbjahres hat auch die Handweber des Rülfigengrundes fast verlor der Organisation angeführt und es herrscht jetzt unter den Handwebern ein reger Geist um ihre Lohnverhältnisse zu regeln. In drei Betrieben mußte im Laufe des Jahres zum Streik als Kampfmittel gegriffen werden. Die Streiks konnten schon nach ein paar Tagen mit Erfolg beendet werden. In den kleinen Betrieben der Kapfiserieiderei-Konfektionsbranche sind die Löhne ebenfalls örtlich-tariflich geregelt durch die Geschäftsleitung. Der örtliche Schlichtungsausschuß wurde nur in einem Streitfalle (Dir. Franke) angerufen. Mit Erfolg. Im Schlichtung von anderen Streitfällen hat die Geschäftsleitung mit einzelnen Unternehmern in 120 Fällen mündlich verhandelt. Die Agitationsfähigkeit spiegelt sich in 399 Sitzungen, Versammlungen und Konferenzen, darunter 104 Betriebs-, 51 Mitglieder- und 27 Branchenversammlungen, ab. In 9 Konferenzen haben sich die örtlichen Arbeiterauschüsse über ihre Rechte und Aufgaben beraten. Diese rege Agitations- und Organisationsfähigkeit verlangte die Vermehrung der Kräfte in der Geschäftsleitung. Kollege M. Lindner in Chemnitz wurde am 1. Mai angestellt, welcher aber nach zwei Monaten Tätigkeit infolge Wohnungsnot Ostida wieder verlassen mußte. An seiner Stelle wurde Kollege Otto Rung-Wilkenfeld am 1. Juli und Kollege Otto Müller-Bismarck am 1. August angestellt. — Die Mitgliederbewegung im Geschäftsjahre hat die erfreuliche Tatsache gezeigt, daß die Bismarcker Textilarbeiter zu 100 Prozent organisiert sind. 4301 Mitglieder wurden aufgenommen, 80 Jugereiste und 391 Uebertritte von anderen Organisationen sind weiter als Zunahme zu verzeichnen. Dagegen sind 28 männliche und 431 weibliche Mitglieder abgemeldet, die letzteren infolge Heirat. Abgereist sind 510 und Uebertritte zu anderen Organisationen 480. Der Mitgliederbestand betrug am Jahresschlusse 5841. Auf die nächsten Aufgaben hinweisend beendete Kollege Graupe seinen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Jahresbericht. — Kollege O. Rung gab hierauf den Kassenbericht. Die Jahreseinnahme für die Hauptkasse ist 105 006,36 M., die Ausgabe 18 739,43 M. An die Hauptkasse eingelangt 8 6 226, 93 M. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 34 180,86 M. und eine Ausgabe von 22 070,88 M., so daß ein Kassenbestand von 12 110,47 M. am Jahresende vorhanden ist. An Gewerkschaftskartellbeiträgen sind 1449,50 M. an Prozenten für Unterlassierer 11 982,78 M., an Unterlassungen 2071,15 M., für Agitation 2175,87 M., als Sachliche Ausgaben 2798,56 M. bezahlt worden. Beitragsmarken sind im Jahre 213 941 Stück umgesetzt. Der Berichtsführer empfahl besonders die Mitgliederkontrolle im Betriebe, die den Kassierern die Arbeit wesentlich erleichtere. — Auch der Kassenbericht wurde mit Beifall angenommen. Die Entlastung wurde einstimmig ausgesprochen. — In der folgenden regen Aussprache wurde die Tätigkeit der Verbandsleitung allgemein anerkannt. Verlangt wurde mehr Aufklärungsarbeit sowie bessere Behandlung der Kolleginnen durch die Kollegen in Betrieben. Verbandsleitung und Ortsverwaltung wurde für ihre Tätigkeit einstimmig das Vertrauen ausgesprochen. Das gute Zusammenarbeiten der Verbandsleitung mit den Funktionären und Mitgliedern ist, wie Kollege Freitag feststellte, freudig zu begrüßen. Für Einmütigkeit und Geschlossenheit habe jedes Mitglied seinen Stolz einzusetzen. — Ein Antrag, den Unterlassierern einen höheren Prozentsatz für die verkaufte Beitragsmarke zu zahlen, wurde einstimmig der Ortsverwaltung überwiesen. — Die Wahl der Ortsverwaltung war einstimmig. Dem Wunsch der Kollegin Lungmann, mehr weibliche Mitglieder in die Ortsverwaltung zu wählen, ist entgegengekommen worden, indem 4 Kolleginnen vorgeschlagen und gewählt worden sind. Revisoren sind Schneider, Kaiser und Kreher. Zum Schluß erfolgte eine Aussprache über die gegenwärtige wirtschaftliche Lage. Kollege Graupe referierte hierüber in längerer Ausführungen, die in der Debatte allseitige Zustimmung fanden.

Bismarck. Am 11. Januar fand in dem Verbandslokal „Kornes Brauhaus“ die monatliche Mitgliederversammlung statt, welche ziemlich gut besucht war. Zur Tagesordnung stand: 1. Kassenbericht vom vierten Quartal. 2. Wahl eines Delegierten zur außerordentlichen Gaukonferenz in Finsterwalde. 3. Stellungnahme zu den jetzt sehr in die Höhe gegangenen Kartoffel- und Weizenpreisen. 4. Verschiedenes. Zu Punkt 1 wurde eingehend über die Kassenverhältnisse Bericht gegeben und ersah die Versammlung daraus zu ihrer Freude, welchen Aufschwung unsere Filiale genommen hat, aber auch, mit welcher Mühe es verbunden war. Dem Kassierer wurde eine wohlverdiente Ehrung zuteil. — Zu Punkt 2 wurde als Delegierter der Vorsitzende, Kollege Robert Schwenker, gewählt. Zu Punkt 3 wurde beschlossen, angesichts der hohen Preise an die Arbeitgeber sofort heranzutreten, um von ihnen eine den Verhältnissen angemessene Feuerungszulage zu erwirken. Mit der Ausführung wurde der Arbeiterausschuß der betreffenden Fabriken betraut. 4. Zu „Verschiedenes“ wurde 1. der Weber Max Jochims zum Vertrauensmann in der Sidmannschen Weberei gewählt. 2. Wurde dem Vertrauensmann der Spinnerei derselben Fabrik, Selbsthelfer Fritz Scholz, ein Vertrauensvotum erteilt. 3. wurde an die Notwendigkeit der recht pünktlichen Innehaltung des Anfangs der Arbeitszeit erinnert. 4. soll dem Kassierer und den Unterlassierern für ihre eifrige Tätigkeit und wegen besonderer Verhältnisse unserer Filiale (weil auseinander wohnende Mitglieder usw.) eine besondere Zuwendung zuteil werden. — Nachdem noch einige Betriebsfragen erörtert waren, wurde die Versammlung mit einem dreimaligen Hoch auf den deutschen Textilarbeiterverband geschlossen.

Briefkasten.

Nach Grotz. Wenden Sie sich an den Zentralarbeitsnachweis, Berlin G., Gormannstraße, mit der Bitte, Ihr Arbeitsangebot weiter zu vermitteln.

G. Guben. Wir können Ihnen nicht unecht geben, doch der Kollege in M. war von der Vortrefflichkeit seiner Arbeit so überzeugt, daß sie auf die Dauer nicht abgewiesen werden konnte. Der letzte Satz ist von uns gemindert worden; er klang noch viel schärfer. Gruß!

Bekanntmachungen.

Vorstand.
Sonntag, den 15. Februar, M der 7. Wochenbeitrag fällt.

Geschäftsführer- und Hilfsarbeitergesuche.
Für die Filiale Bismarck i. S. S. unseres Verbandes wird

ein zweiter Geschäftsführer, für die Filiale Berlin werden zwei Hilfsarbeiter zum baldigen Antritt gesucht.

Kollegen und Kolleginnen, welche mit dem Verbandswesen vertraut sind und die erforderlichen agitatorischen, organisatorischen und schriftgebenden

Fähigkeiten haben und sich um die Stelle bewerben wollen, sind ersucht, ihre Bewerbung mit der Aufschrift „Bewerbung“ versehen, unter Beifügung eines Auflasses über die Aufgaben eines Geschäftsführers bzw. eines Hilfsarbeiters an die Adresse: Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes, Berlin O. 27, Magazinstr. 6/7, bis zum 20. Februar d. J. einzurichten. Zeugnisse u. dergl. sind nur in Abschrift beizulegen. Die Beitragskassette ist anzugeben und seit wann in der angegebenen Klasse gezahlt wird. Bedingung ist mindestens dreijährige Verbandzugehörigkeit und volle Beitragsleistung. Gehalt nach den Beschlüssen der Verbandsführung vom 25. und 26. Januar 1920. Das erste Jahr soll als Probejahr. Während der Dauer desselben brähet eine vierwöchige Aushildung. Der Vorstand.

Adressenänderungen.

Gau Hannover, Hamburg. Telefon: Nordsee Nr. 5238. Minden. K: Chr. Raibert, Opernstr. 8.
Gau Cappel, Mühlhausen i. Th. V: Wilhelm Reichenbach, Margaretenstr. 17.
Gau Düsseldorf, Ahaus (Neu). K: Ludwig Hundemann, Feldmarkt 39. Dieringhausen ist mit Summersbach veramschlossen. Elberfeld. V: Heinz Bohne, Neunteich 36. Summersbach u. Ung. V: Wilhelm Hübn, Homig 6. Dieringhausen; K: Robert Dannewitz, Derichlag, Ederbagener Straße 28. Alle Briefe an den Geschäftsführer: Wilh. Pannhuis, Derichlag, Ederbagener Straße 28.
Gau Stuttgart, Ebingen. K und Geschäftsführer: Albert Guggel, Gartenstr. 17. Eßlingen. V: Max Maschke, Geschäftsführer, Kronengasse 2.
Gau Augsburg, Schretzheim. K: Johann Bayer, Mühlbau 62.
Gau Gera, Halle. K: H. Kerstan, Körnerstr. 5.
**Gau Dresden, Lichtenstein-Lugau. K und Geschäftsführer: H. Scherp, Lichtenstein-Callenberg, Chemnitz Str. 7. Limbach. V: Kurt Hahn, Albrechtstr. 31. Lungenau. K: Fritz Bohner, Heinrichstr. 21b.
Gau Pommern, Breslau. V: Hermann Wendt, Kruckstr. 29. K und Geschäftsführer: Josef Kubli, Margaretenstr. 17. Alle Briefe an den Geschäftsführer: H. Güttler, Margaretenstr. 17.
Gau Berlin, Fort. Telefon: Nr. 751. J. Illian. Alle Briefe an den 2. Vorsitzenden Robert Schwenker, Bismarck, Lange Str. 88.**

Ortsverwaltungen.

Brandenburg a. d. H. Die Kollegin Helene Neumann, geb. 18. 1. 1896 zu Brandenburg, eingetretten in den Verband 5. 12. 1919 dafelbst, hat angeblich ihre Mitgliedskarte verloren. Gestellt waren 38 Karten zu 40 Pf., 23 Karten zu 80 Pf. Es ist ihr ein neues Mitgliedsbuch auf Nr. 817 659 ausgestellt worden.
Elberfeld. Das Bureau Karlstraße 3a ist für den Verkehr geöffnet: täglich vormittags von 9—1 Uhr, Dienstags und Freitags nachmittags von 5—7 Uhr, Samstag von 9—3 Uhr. Die Auszahlung von Unterstützung findet statt: Samstag von 9—1 Uhr. Alle Postsendungen an Rudolf Kollmann.
Blitz. Die Mitgliederkarten, lautend auf Albert Nollgen, geb. 4. 11. 1874 zu Barmen, eingetretten in den Verband 7. 7. 1919 zu Köln, und Anton Rans, geb. 5. 1. 1868 zu Koblenz, eingetretten in den Verband 18. 10. 1919, sind verlorengegangen. Bei etwaigem Aufftauchen der Karten wolle man dieselben vernichten und an die Filiale Köln berichten.

Reumünster. Das Mitgliedsbuch, lautend auf den Weber Ludwig Steffen, eingetretten 14. 6. 1917 in Reumünster, Stammmnummer 676 730, ist angeblich verlorengegangen. Bei etwaigem Aufftauchen bitten wir dasselbe einzuziehen und an die Geschäftsstelle des Textilarbeiterverbandes, Reumünster, Fabrikstraße 22, einzusenden. D. O.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder.

Augsburg. Anna Burger, Spinnereiarbeiterin, 26 J., Grippe. Berlin. Otto Guitson, 47 J., Lungenleiden. Walli Raffel, Stickerin, 19 J., Lungenleiden. Breslau. Martha Lache, Spinnereiarbeiterin, 25 J., Herzlähmung u. Gehirnentzündung. Chemnitz. Julius Christian, Weber, 72 J., Lungenleiden. Ernst Nagel, Wicker, Gröna 58 J., Elisabeth Fischer, Webeserin, Chemnitz, 24 J., Rindbettfieber. Emilie Krämer, Arbeiterin, 66 J.
Dresden. Max Böhmich, Cohnmannsdorf, 43 J., Grippe. Hedwig Höpel, 38 J., Gehirn-entzündung.
Eberbach a. N. Frau Anna Duf-sener, 66 J., Herzschlag.
Hamburg-Harburg. Karl Hoffmann, Arbeiter, 55 J., Operation.
Hamburg-Wilhelmsburg. Maria Furmanel, Arbeiterin, 18 J., Ödemwegen. Karl Bornfeld, Weber, 45 J., Herzleiden.
Kirchberg. Karl Gottlob Otto, Webeschereiarbeiter, 36 J., Keuchenschwäche.
Lungenbühlau. Karoline Hoffsch, Weberin, 63 J., Herz- und Lungenleiden.
Lauban. Ella Czner, Weberin, 28 J., Pindbarmenentzündung. Lohrbach. Gertrud Madenstein, Fabrikarbeiterin, 15 J., Lungenleiden.
Luzenwalde. Johannes Pratom, 70 J., Lungenentzündung.
Reumünster. Ignaz Sikorski, Tuchmacher, 71 J., Dorothea Sing, 68 J., Lungenentzündung.
Reustadt a. Erla. Alfred Berowid, Kesselschloßoperation.
Offenburg. Konstantin Norilla, 59 J., Lungenentzündung.
Planen i. S. Christine Sempel, 61 J., Schlaganfall. Efra Böhmner, 25 J., Lungenentzündung. Anna Hedwig Wödel, 34 J., unbekannt. Albin Weiß, 56 J., Magenkrebs. Helene Lang, 23 J., Bauchfellentzündung. Emma Regel, 52 J., unbekannt. Ida Rafter, 42 J., Influenza. Maria Bauer, Krämpfe.
Thalheim u. Ang. Ernst Richard Rebel, Bräunlos, 46 J., Lungenleiden.
Koblenz. Josef Otter, Werkmeister, 42 J., Herzschlag.
Thalheim u. Ang. Ernst Richard Rebel, Bräunlos, 46 J., Lungenleiden. Marie Dienell, Dorfchemnitz, 24 J., Wochensbett.

Ehre ihrem Andenken!

Zusammenkünfte.

Mitglieder-Versammlungen.
Berlin. (Debatte, Vrefser, Seidenbandpresser.) Sonnabend, 21. Februar, bei Schulz, Stallschreiberstr. 30.
Bismarck. Montag, 16. Februar, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus.
Wittstock a. Doffe. Sonnabend, 21. Februar, bei Löbermann, Griebwaller Vorstadt.
Eggenstein. Donnerstag, 19. Februar, in den „Drei Rosen“.

Verbandsmitglieder! Schreift nur Versicherungen ab bei der Volkshilfe!
Gewerkschaftl. - Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft
Hamburg 5.

Das Protokoll der Generalversammlung in Bismarck i. S.

ist erschienen und zum Preise von 1 Mark bei den Ortsverwaltungen unseres Verbandes zu haben.
Der Vorstand.

Redaktionschluss für die nächste Nummer Sonnabend, den 14. Februar

Verlag: Paul Jähde in Hattenberg-Alt-Ostende. — Verantwortlich für alle selbständigen Artikel: Hugo Dreßel in Bismarck i. S., für alle anderen Paul Wagner in Berlin. — Druck: Friedrichs Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin.

Geleiene Exemplare dieses Blattes gibt man an unorganisierte Kollegen und Kolleginnen weiter.